

„Zerstörerischen Frontenkrieg beenden!“

INTERVIEW Gunda Bruns von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft sucht Ausweg aus der Bauern-Krise

BAD ZWISCHENNAH – Selbst an diesem grauen Novembertag wirkt das alte Bauernhaus idyllisch. Alte, große Bäume rechts und links der Einfahrt scheinen wie ein Schutz vor allen Bedrohungen. Ein Schäferhund liegt dösend vor der Eingangstür. Neben der Scheune scharren freilaufende Hühner im Unterholz. Auf der Weide nebenan grasen friedlich zwei Mutterkühe mit einem kleinen Kalb. So heil wünscht sich jeder Stadtbewohner die Landwirtschaft. Hier, mitten im Ammerland in der Nähe von Bad Zwischenahn, lebt die diplomierte Gartenbauingenieurin Gunda Bruns (51) von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Landwirtin, sagt sie im Gespräch mit unserer Zeitung, hat heute mit Idylle rein gar nichts mehr zu tun, es geht nur noch ums Überleben – oder ums Sterben.

Das Gespräch führte
Thomas Haselier

FRAGE: Neulich geisterte eine Nachricht durch die Medien, wonach ein Kalb gerade mal 8,90 Euro kostete, was ihr AbL-Kollege Ottmar Ilchmann mit dem trockenen Hinweis kommentierte, ein Kanarienvogel sei deutlich teurer. Was ist eigentlich los mit der Landwirtschaft?

BRUNS: Wie viel Zeit haben Sie mitgebracht? Ich sag' Ihnen, was los ist: Wir sind im Moment dabei, die bäuerliche Landwirtschaft abzuschaffen. Heute eine Demo gegen die Gülleverordnung, morgen eine Schlagzeile über Nitrat im Grundwasser. Es ist höchste Zeit, endlich etwas zu ändern – für die Bauern selbst, für die Natur und die Umwelt, für das Tierwohl und für die Verbraucher.

FRAGE: Die Bauern fühlen sich nicht mehr verstanden, und die Verbraucher wissen nicht mehr, was sie eigentlich noch bedenkenlos essen und trinken können. Wie wollen Sie diesen Konflikt lösen?

BRUNS: Sehen Sie, ich bin im Grunde alles: Ich bin Mutter, Verpächterin, Kleinbäuerin, Naturschützerin und Verbraucherin. Auch auf die Gefahr hin, von allen Interessensverbänden in der Luft zerrissen zu werden, sage ich: Der zerstörerische Frontenkrieg muss sofort beendet werden! Stattdessen brauchen wir einen umfassenden Umbauplan für die Landwirtschaft – einen konkreten Maßnahmenkatalog, der zeitnah umgesetzt werden muss. Auch mit Blick auf die Klimakatastrophe muss die jahrzehntlang fehlgesteuerte Agrarpolitik grundlegend reformiert werden.

FRAGE: Die Bauern verlieren offenbar die Geduld, sie gehen immer häufiger – und manchmal auch extrem – an die Öffentlichkeit. Neue gesetzliche Regelungen, so behaupten sie, gingen an ihre Existenz. Sie wollen lieber an dem festhalten, was bisher galt. Aber sind sie nicht auch selbst Schuld an dieser verfahrenen Situation?



Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Die 1980 gegründete AbL versteht sich als Vertretung kleiner und mittelgroßer landwirtschaftlicher Betriebe mit dem Ziel, „die soziale Frage in der Landwirtschaft ins Bewusstsein zu rücken, um zu vermeiden, dass einseitig ökonomisch oder ökologisch begründete Sichtweisen die handelnden Menschen ausblenden und damit die sozialen Auswirkungen unberücksichtigt bleiben“. Sie versteht sich als Opposition zum Deutschen Bauernverband.

bieten, ist nicht hilfreich. Sanktionen und auch an manchen Stellen schärfere gesetzliche Regelungen müssen sein. Aber die andere Seite der Maßnahmen darf nicht fehlen.

FRAGE: Das könnte für die öffentliche Hand ein Fass ohne Boden werden...

BRUNS: ...nicht unbedingt. Es ist die Aufgabe der Politik, nicht nur hier für umweltgerechte Regelungen zu sorgen. Wir brauchen nicht nur national, sondern international einen fairen Wettbewerb. Denn was nützt es, wenn wir hier repressive Produktionsbedingungen mit hohen Auflagen haben, während über Freihandelsabkommen billige Lebensmittel ins Land drängen, die ganz andere – eher umweltfeindliche – Standards haben und etwa den Regenwald zerstören? Und umgekehrt: Es macht auch keinen Sinn, wenn mit bei uns geförderten Produkten die Märkte von Entwicklungsländern zerstört werden.

FRAGE: Und wie wollen Sie das hinkriegen?

BRUNS: Konkret heißt das, keine landwirtschaftlichen Güter ins Land zu lassen, die unter schlechterem Standard als bei uns produziert wurden. Und für uns heißt das: Wir müssen die Macht des Großhandels – Schlachtereien, Molkereien, Einzelhandelskonzerne – bei der Preisgestaltung brechen. Und zur Wahrheit gehört auch, den Verbrauchern deutlich zu machen, dass für qualitativ bessere und gesündere Lebensmittel am Ende auch deutlich höhere Preise notwendig sind. Übrigens hilft es dabei wenig, einfach mehr „bio“ zu fordern, das funktioniert so nicht. Das führt zu einem weiteren Preisverfall und hätte den Ruin der Biobetriebe zur Folge.

FRAGE: Das hört sich nach dem Ausmisten eines Augiasstalls an...

BRUNS: Die gute Nachricht ist: Unsere Bauern können das. Sie verstehen ja viel von Artenvielfalt, von Humusaufbau mit und durch CO₂-Speicherungen im Boden, von Weidehaltung mit ökologischen Vorteilen und einer vielfältigen Fruchtfolge der Äcker. Es ist ein Appell an die Gesellschaft, dieses Know-how zu nutzen – für die Umwelt und damit für sich selbst.

34 ct
erhalten die Bauern in etwa vom Milch-Endpreis.

Ein Liter Milch kostet an diesem Tag im Einzelhandel etwas mehr als 70 Cent, H-Milch sogar nur 62 Cent. Von dem Endpreis erhalten die Milchbauern gerade mal rund 34 Cent. Die Produktion von einem Liter Milch kostet zwischen 30 und 45 Cent. In vielen Fällen deckt der Preis nicht mehr die Produktionskosten. Doch die Bauern haben keine Wahl, der Preis wird ihnen diktiert. Nur durch immer mehr Tiere ließen sich die mageren Einkünfte steigern. Aber gleichzeitig wird das benötigte Weideland stetig teurer. Also werden die Tiere vielfach nur noch im Stall gehalten. Dabei gibt es innerhalb der EU ohnehin viel zu viel Milch: mehr Tiere = mehr Milch, mehr Milch = niedrige Preise – eine nicht enden wollende Abwärtsspirale, die schon lange nur durch einen künstlich regulierten Milchpreis abgebrems wird.

Sie sind es doch, denen die Umwelt meist egal ist und die sich auch gelegentlich über das Wohl der Tiere hinwegsetzen...

BRUNS: Die Bauern sind von der Politik, dem Großhandel und letztlich auch von den Verbrauchern in eine schwierige Lage gebracht worden. „Wachsen oder weichen“ ist die Folge der politischen Entscheidungen mit flächenabhängigen Direktzahlungen und verfehlten Förderungen der Agrarinvestitionen. Viele Landwirte sind existenzgefährdet, resignieren unter der Last auch von zu hohem und irrsinnigem Kontrollwesen durch verschiedenste Institutionen. Sie sind wütend, jahrzehntelang ausge-

beutet zu werden, zornig darüber, nur ein Spielball von Konzerninteressen, Lobbyisten, Politikern und vermeintlichen Vertretungen ihrer Interessen zu sein. Landwirte sind nicht gewissenlos, sondern sie wurden gedrängt in diesen verhängnisvollen Strukturwandel. Konzerne wie Nestlé, Aldi und Lidl, die Futtermittelindustrie wie Flemming und Wendeln oder die größten Schlachthöfe wie Tönnies, Vion oder Westfleisch teilen sich die Märkte auf, sie diktieren den Bauern vollkommen unrealistische Preise. Und die Verbraucher haben sich an Produkte gewöhnt, die unter unsäglichen Bedingungen hergestellt und jenseits realistischer Produktionskosten in die Supermarktregale wandern. Aber Sie haben recht: Manche Forde-



50 %

Um diese Zahl hat sich die Anzahl der Höfe in den vergangenen 20 Jahren verringert.

Landwirtschaft im Nordwesten: Die Höfe sterben weiter, wenn auch nicht mehr ganz so schnell wie früher. In den vergangenen 20 Jahren sank die Zahl in Weser-Ems um gut die Hälfte von knapp 26.000 auf etwas mehr als 13.000 Höfe. Gleichzeitig wuchs die von ihnen bewirtschaftete Fläche. 1999 produzierten rund 11.900 Milchbauern Milch mit rund 400.000 Kühen. Heute halten in Weser-Ems gut 5.000 Höfe fast 450.000 Kühe. Noch extremer ist die Hähnchenmast: 1.300 Betriebe mästeten 1999 zwischen Weser und Ems knapp 21 Millionen Hähnchen. Jetzt brachten es knapp 650 Betriebe auf mehr als 50 Millionen Hähnchen. Rund 8.900 Betriebe mästeten 1999 insgesamt knapp 2,1 Millionen Schweine in Weser-Ems. 20 Jahre später verteilten sich 5,8 Millionen Schweine auf nur noch 3.600 Betriebe.



rungen aus der Landwirtschaft, alles wie bisher zu belassen, helfen nicht weiter. Das Problem liegt auch darin, dass Landwirte nur Rohstofflieferanten sind. Rund 1,5 Billionen Euro werden Jahr für Jahr in der Lebensmittelindustrie umgesetzt. Das große Geld wird nur im vor- und nachgelagerten Bereich verdient, nicht in der „Urproduktion“ bei den Landwirten.

FRAGE: Milchbauern aus Neusiedende haben vor kurzem in dieser Zeitung darüber geklagt, dass die Landwirtschaftskammer vor Jahren den „Ammerländer Kleintierzoo“ loswerden wollte. Heißt: Ihr müsst wachsen. Sie sind gewachsen, und jetzt soll alles wieder zurückgedreht werden?

BRUNS: Sie sind Gott sei Dank nicht so gewachsen wie die Bauern im Oldenburger Münsterland mit ihren Mastställen. Und es werden dort immer neue Ställe genehmigt. Das ist verheerend. Mit den Riesenställen in den Landkreisen Cloppenburg, Vechta und im Emsland mit Tausenden Schweinen und Zigttausenden Hähnchen muss endlich Schluss sein. Das kann so nicht weitergehen. Regional überhöhte Nitratwerte im Grundwasser, Ackerbau mit der Giftspritze, Artenrückgang in der Tiermast, Verstöße gegen den Tierschutz –

„Die Kuh muss vom Eis“, sagt Gunda Bruns zur Krise der Landwirtschaft. Ihre Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft fordert von allen Umdenken. BILD: SASÜ

18 €
pro Kubikmeter Gülle kostet der Gülletourismus

Das Oldenburger Münsterland stecke, so die Umweltorganisation Greenpeace, „bis zum Hals in der Scheiße“. Dem viel zu hohen Gülleanfall der Massentierhaltung stehe eine viel zu kleine Fläche zur Gülleausbringung gegenüber. Die Gülle wird deshalb in andere Landesteile gekarrt und dort gegen Bezahlung ausgebracht. Auch die benachbarten Niederlande hält der Gülletourismus kräftig auf Touren. Auch sie haben viel zu wenig Fläche und müssen ihre Gülle andernorts loswerden. Die Politik reagiert mit einer neuen Gülleverordnung, die viele Landwirte vor kaum lösbare Probleme stellt. Weil sie nur noch bis zum 30. September Gülle ausbringen dürfen, brauchen sie mehr Lagerplatz – und damit mehr Gülletourismus.

diese Art Landwirtschaft lässt sich gesellschaftlich nicht mehr vertreten.

FRAGE: Dann sind Gülleverordnung oder Verbote von Insektiziden und Pestiziden aber doch der richtige Weg...

BRUNS: Zweifellos. Nur müssen Sie sich darüber im Klaren sein, dass diese Vorgaben in vielen Betrieben teure Investitionen erfordern bei sinkenden Erträgen und viel zu niedrigen Preisen. Das können längst nicht alle Betriebe finanziell stemmen. Die Politik darf die Bauern damit nicht allein lassen. Wir brauchen eine geänderte Förderkultur, die reinen Flächenbesitz nicht belohnt, sondern umweltgerechtes Produzieren stützt. Eine Branche in großem Preisdruck jetzt mit noch mehr Auflagen zu drangsaliieren und auf der anderen Seite aber keinen geeigneten Schutz oder Unterstützung zu

